



Beschluss der Bundesjugendversammlung 2021

Ohne Kapitalismuskritik kein Klimaschutz

Kapitalismus setzt auf unbegrenztes Wachstum. In einer Welt mit begrenzten Ressourcen ist das nicht möglich. Die planetaren Grenzen unseres Planeten sind erschöpft, und soziale Ungleichheit nimmt weiter zu. Die ökologischen und sozialen Krisen des 21. Jahrhunderts können nicht mit einem weiter so gelöst werden. Wir sagen: Schluss mit dem Gespenst des (Grünen) Wirtschaftswachstums!

Wir brauchen einen demokratischen Systemwechsel von unten, dessen Ziel das Wohl von Menschen und Umwelt ist, und der allen Menschen den gleichen Zugang zu nachhaltigen Lösungen ermöglicht.

Als BUNDjugend setzen wir uns für den Abbau von Machtverhältnissen ein und reflektieren eigene Privilegien, denn: Klimaschutz darf kein Luxusgut sein. Das deutliche Bekenntnis gegen kapitalistische Profitmaximierung und für gesellschaftliche Umverteilung treiben wir auch im BUND voran!

Der Bundesverband der BUNDjugend fordert daher:

Wir brauchen ein Finanzsystem und Eigentumsrechte, die dem Gemeinwohl und dem gesellschaftlichen Ausgleich dient und mit Privilegien bricht. Dazu brauchen wir:

- eine an Gemeinwohl und Nachhaltigkeit ausgerichtete sozial- ökologische Steuerreform, die es zum Ziel hat, soziale Ungleichheiten abzubauen und Natur und Umwelt zu schützen. Eine wirksame Vermögenssteuer, eine reformierte Erbschaftssteuer sowie höhere Abgaben auf hohe Einkommen und Aktienhandel sind dabei als mögliche Optionen zu prüfen. Eine an wissenschaftlichen Empfehlungen orientierte CO₂-Steuer mit wirksamen Umverteilungsmechanismus sollte umgesetzt werden. Steuerbetrug muss entschieden bekämpft werden.
- kollektive Eigentumsformen wie Genossenschaften (z.B. SoLaWis, Mieter*innensyndikate) und Sharing-Angebote statt Privatbesitz
- eine verstärkte Auseinandersetzung mit neuen rechtlichen Unternehmensformen, die eine Rücknahme der Profitmaximierung ermöglicht und gemeinwohlorientiert ist.

- eine Selbstverpflichtung der finanzstarken Hauptverursacher des Klimawandels im globalen Norden, die soziale Entwicklung des globalen Südens durch zusätzliche eigene Klimaschutzmaßnahmen zu stärken.

Wir müssen von einer (materiellen) Wohlstands- zu einer Wohlfahrtsgesellschaft kommen, in der das Verhandeln sozialer Fragen nicht dem Markt, sondern den Menschen überlassen werden. Dazu brauchen wir:

- die gerechte Bezahlung von Lohnarbeit durch einen fairen Mindestlohn, die Anerkennung von Care-Arbeit und eine Angleichung der Löhne in Ost und West.
- ein Sozialsystem, das seinen Namen verdient und das gute Leben für alle ermöglicht.
- an Nachhaltigkeit und Gemeinwohl ausgerichtete Subventionen, zum Beispiel für öffentliche Mobilität (Nah- wie Fernverkehr), nachhaltige Lebensmittel und nachhaltiges Wohnen. Subventionen, die den Grundsätzen von Nachhaltigkeit und Gemeinwohl nicht entsprechen, sind auf Dauer einzustellen. Das gilt zum Beispiel für fossile Industrie und ressourcenintensive Landwirtschaft.
- neue gesellschaftliche Indikatoren zur Wohlstandsmessung, die (anders als das Bruttoinlandsprodukt, BIP) auch den sozialen und ökologischen Fortschritt abbilden und für politische Entscheidungen handlungsleitend sind.

Wir müssen den Wirtschaftslobbies die Macht zur Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung entziehen und sie wieder unter die Menschen bringen. Insbesondere die Bedürfnisse von Minderheiten sind zu achten. Dazu brauchen wir:

- (genossenschaftliche) Unternehmen und Betriebe mit starken Betriebsräten und hoher demokratischer Mitbestimmung.
- die Entprivatisierung und Rekommunalisierung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge (z.B. Wohnen, Gesundheit, Bildung und Infrastrukturen).
- starke demokratische Beteiligungsverfahren von Quartiers- bis Bundesebene,
- gute, öffentliche Bildung für alle, um Chancengleichheit zu erhöhen.
- ein konsequentes Einschränken der Einflussnahme von Monopolist*innen und Großkonzernen.